

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12½ Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Unser Parteciprogramm.

III.

Den Dualismus in Deutschland gebrochen zu haben: dies ist die Bedeutung der Ereignisse dieses Jahres und vor Allem der Entscheidungsschlacht von Königgrätz.

Seit dem Frieden von Hubertusburg hatte Deutschland zwei Großmächte; seit dem Frieden von Prag ist in Deutschland nur noch Eine Großmacht.

So lange zwei Großmächte, Oesterreich und Preußen, in Deutschland vorhanden waren, fehlte der Nation ein gemeinsamer Schwerpunkt; jetzt, da nur Eine Großmacht besteht, können alle Bestrebungen, die guten wie die schlimmen, nach Einem Punkte sich richten, von Einem Punkte zurücklaufen.

Darin liegt die Gewähr der nachhaltigen Wirksamkeit, mindestens der großartigen Bedeutung aller öffentlichen Bestrebungen.

Aber es ist klar, daß vorerst nur die leichtere Ermöglichung der nationalen Einheit, nicht diese letztere selbst, gegeben ist.

Denn ob auch die Schlacht von Königgrätz den preussischen Staat zum Grundelement des gesammten Deutschlands gemacht hat: sie hat dies doch nur sehr unvollkommen gethan. Deutschland gravitirt um Preußen, aber es ist noch nicht zu einem einheitlichen Gesamtkörper auernder Art verbunden.

Hieraus ergibt sich die Aufgabe in Sachen der nationalen Einheit.

So lange der Dualismus, die Zweitheilung zwischen Oesterreich und Preußen, bestand, nahm die wirklich demokratische Partei einen außerhalb dieses Dualismus mit seinen Hohenzoller'schen und Habsburg'schen Familieninteressen liegenden Standpunkt ein; weder die preussische noch die österreichische Regierung, welche zusammen die Herrschaft der Nation repräsentirten, konnten eine Existenzberechtigung in der Auffassung derselben beanspruchen, welche die Einheit der Nation wollten.

Nachdem aber thatsächlich die Nation nicht aus eigener Kraft den Dualismus durch ein drittes Element (den Radicalismus) zu zerstückeln und auf seinen Trümmern die Einheit zu erbauen vermocht hat; nachdem vielmehr thatsächlich die Dinge sich so gestaltet haben, daß von jenen beiden streitenden Theilen der eine über den anderen Herr geworden ist, der Dualismus somit dadurch sein Ende erreicht hat, daß der siegende Theil, Preußen, als alleinige

entscheidende Macht dasteht; nachdem diese tiefgreifende Aenderung thatsächlich stattgefunden, fragt es sich: Entspricht die frühere Haltung der Demokratie noch der thatsächlichen Lage, und, wenn nicht, wie hat sie sich nunmehr zu stellen?

Der erste Theil der Frage ist leicht zu beantworten: Die frühere Haltung der Demokratie hatte zur Voraussetzung das Vorhandensein eines Dualismus; diese Voraussetzung ist gefallen und demnach auch die Sache selbst zur Unmöglichkeit geworden.

Sicherlich hat nach wie vor die Demokratie mit der preussischen Regierung in Opposition zu treten, aber es fragt sich, in welchem Sinne, in welcher Richtung?

Daß sie dies in Sachen der Freiheit zu thun hat, ist selbstverständlich und bereits festgestellt; aber nicht hiervon sprechen wir jetzt — wir fragen uns hier: wie hat sie sich in Sachen der nationalen Einigung zu stellen?

Auch hier, sagen wir, ist Opposition geboten.

Aber bevor wir dazu übergehen, die Gründe darzulegen, warum die deutsche Demokratie von der preussischen Regierung ganz andere Dinge zu verlangen hat, als diese zu thun gewillt ist, warum also eine Opposition erforderlich ist, sei sowohl um der Gerechtigkeit als um der allseitigen Erschöpfung des Gegenstandes willen, zunächst noch, und zwar eingehender, festgestellt, worin das Gute besteht, welches in Wahrheit aus dem Vorgehen der preussischen Regierung für Deutschland erwachsen ist.

Politischer Theil.

R u n d s c h a u.

Berlin, 4. Dezember.

Die Constituirungs-Angelegenheit Deutschlands, vorerst der den Norddeutschen Bund bildenden Staaten, steht nunmehr, nach der am 1. d. M. erfolgten Rückkehr des preussischen Minister-Präsidenten, einem rascheren Fortschreiten entgegen. Die Vorarbeiten für die Verfassung des Bundes sind, wie die „Röln. Ztg.“ schreibt, dem Abschlusse nahe. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß denjenigen Entwürfen, welche während der letzten Wochen im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten aufgestellt worden sind, die Ideen und Anordnungen des Grafen Bismarck zu Grunde liegen. Was verschiedene Zeitungen über den Inhalt der Verfassung, die dem Norddeutschen Parlament vorgelegt werden soll, mittheilen, ist schon deshalb verfrüht, weil eine endgültige Ausarbeitung

in dieser Hinsicht noch nicht existiren kann. Preußen will zunächst die Meinungen seiner Bundesgenossen vernehmen. Die Voraussetzung einiger Zeitungen, daß in der Organisation des Norddeutschen Bundes neben der preussischen Executive ein Fürstencollegium bestehen werde, wird natürlich in allen unterrichteten Kreisen als durchaus unwahrscheinlich angesehen. Es soll nur eine Bundesversammlung oder ein Bundesrath beabsichtigt sein. Eine officiöse Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, daß fast alle Regierungen auf die preussische Einladung vom 21. November in Sachen des Norddeutschen Parlaments bereits zustimmend geantwortet, viele auch schon ihre Bevollmächtigten in den Personen ihrer dirigirenden Minister ernannt, auch das Reichswahlgesetz publicirt und die vorbereitenden Schritte zur Wahl selbst angeordnet haben. In Bezug auf das Vorgehen der Regierungen von Sachsen und Sachsen-Weimar, welche auf Beschluß der Landtage den Abgeordneten die Zahlung von Diäten zusichern, bemerkt das officiöse Blatt, daß die coburg-gothaische Regierung, welche mit diesem Zusätze das Reichswahlgesetz nicht publiciren zu können erklärt hat, offenbar correcter gehandelt habe, da der betreffende Vertrag ausdrücklich vorschreibt, daß das Parlament nach dem Reichswahlgesetz einberufen werden soll. — Der halb-officiöse „Publicist“ schreibt über diese Angelegenheit:

Wie wir erfahren, wird der Premier mit Hintenansetzung aller anderen auswärtigen Fragen sich ausschließlich mit dem Entwurf der neuen Bundesverfassung beschäftigen, da im Princip festgestellt ist, daß die Reichstagswahlen nicht eher ausgeschrieben werden sollen, bis die Beratungen über die Vorlage beendet, oder doch ihrem Abschluß nahe sind. Wenn man nun auch über das Wesen des neuen Bundes keinen utopischen Wünschen nachhängen darf, und wenn auch ganz bestimmt wahr ist, daß die militärische Organisation der Bundeskräfte und die Sicherstellung der Bundesgrenzen gegen äußere Angriffe das vornehmste Ziel der Bestrebungen abgibt, so ist doch andererseits nicht in der Wahrheit begründet, daß dies der alleinige Zweck des Norddeutschen Bundes ist, wie vielfach tendenziös behauptet wird. Wir können vielmehr mit Bestimmtheit melden, daß die mannigfachen Vorschläge auf dem Gebiete der Civil- und Criminal-Gerichtbarkeit, des Handels und Verkehrs, namentlich in Bezug auf Münze, Maß und Gewicht, zur Vorlage reif sind, diese hauptsächlich auf die wirkliche Einigung des Norddeutschen Bundes berechnet. Der noch keinen Moment aus den Augen gelassene Eintritt der Südstaaten in den Bund ist zwar durch die jüngst bewiesene Animosität Württemberg's in Betreff der Paulischen Affaire*) wieder problematisch geworden, doch darum noch nicht ganz fallen gelassen, während die offene und ehrliche Haltung Sachsens allgemein befriedigt.

Preußen will zur Verbesserung des Postwesens folgende Vorschläge machen: 1) Einheitliche Briefmarken für das ganze deutsch-österreichische Postgebiet, Centralisation des Postwesens; 2) Er-

*) Prof. Pauli von Tübingen, der in die „Preuss. Jahrb.“ einen Aufsatz gegen den württembergischen Particularismus geschrieben, wurde durch Verletzung gemäßregelt.
Ann. d. Red.

mäßigung der Portotaxe; 3) die Ausdehnung der Postanweisungen, wie in Preußen (1 Sgr. bis 25 Tblr., 2 Sgr. bis 50 Tblr.), auf ganz Deutschland; 4) Reduktion des Portos auf Kreuzbandsendungen, als: Preislisten, Avisbriefe, Circulare u. von 1 Kr. auf $\frac{1}{2}$ Kr. und Befreiung der Marke für dieselben (in Frankreich 1 Centime); 5) Ermäßigung der Briestaxe auf 1 beziehungsweise 2 Sgr. — Die Unterhandlungen zwischen der preussischen und niederländischen Regierung wegen Luxemburgs werden lebhaft geführt, und dürften, wie die Officiösen versichern, binnen kurzem einen beiderseitig befriedigenden Abschluß finden. Die Gegenstände dieser diplomatischen Erörterungen bewegen sich namentlich um folgende Punkte: Luxemburg möchte erstens die preussische Befestigung in der Festung Luxemburg zwar zulassen, aber nur als eine Concession, nicht als ein Recht, während Preußen entschieden dieses Recht kraft der europäischen Verträge beansprucht. Luxemburg soll außerdem eine Bürgschaft dafür zu erhalten wünschen, daß, wenn das norddeutsche Parlament den Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund beschliesse, Preußen sich dem widersetzen würde. Preußen, das bis jetzt den Eintritt Luxemburgs in den norddeutschen Bund nicht gefordert hat, wird dem letzteren Verlangen Luxemburgs schwerlich nachkommen und sich nicht von vorn herein für alle Fälle binden wollen. — Die Dotations-Kommission des Abgeordnetenhauses hat sich am Sonnabend über folgenden Gesetzentwurf geeinigt:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u. verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie, was folgt: Zur Verleihung von Dotationen an den Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck, in Anerkennung der von ihm so erfolgreich geleiteten äußeren preussischen Politik, und an diejenigen preussischen Heerführer, welche in dem letzten Kriege zu dem glücklichen Ausgange desselben in hervorragender Weise beigetragen haben, die Generale der Infanterie v. Koon, Freiherr v. Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, v. Steinmetz, Vogel v. Falkenstein, wird eine Summe von Einer und einer halben Million Thaler aus den Kriegsschuldigungen bereit gestellt. Die Vertheilung dieser Summe bleibt königl. Bestimmung vorbehalten. Gegeben u.“

Aus dem Bericht der Kommission geht hervor, daß die Staatsregierung es ablehnte, für die Nennung der Namen die Initiative zu ergreifen und abwartete, ob die Kommission die genannten Namen in das Gesetz eintragen werde. Die Mehrheit der Kommission war dafür, nahm aber auch den Antrag an, daß an erster Stelle der Graf Bismarck genannt werde. Das Ministerium erhob dagegen keinen Widerspruch, und es ist so nach sehr wahrscheinlich, daß das Abgeordnetenhaus den obigen Antrag annehmen wird. — Ueber die Veränderungen, die im bayerischen Ministerium bevorstehen, glaubt man in Wien zu wissen, daß diese ihre Ursache in einer Meinungsverschiedenheit wegen der Concentration des deutschen Südens haben. Herr v. d. Pfordten wünsche, daß Bayern auf die Organisation des Südbundes Verzicht leiste, weil er der Ueberzeugung ist, daß ein Versuch, den Südbund zu organisiren, Preußen Veranlassung zur Erneuerung der Feindseligkeiten bieten werde. Der König und der nunmehrige Chef des Cabinets, Hr. v. Reumayer, sähen dagegen in dieser Organisation keine Gefahr. Es handle sich darum, einen Minister zu finden, der sich der Aufgabe unterzieht. Mit Freiherrn von Edelsheim sei unterhandelt worden, aber ohne Resultat. Man spricht jetzt davon, daß Verhandlungen mit Heinrich v. Gagern zur Uebernahme des Portefeuille stattfänden. — In den süddeutschen Staaten konnte nicht einmal in der Herstellung von Hinterladungsgewehren eine Einheit erzielt werden. Sämmtliche 4 Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, haben verschiedene Systeme angenommen. — Das „Wochenbl. v. Nationalvereins“ wollte bekanntlich gehört haben, einige kleine norddeutsche Fürsten, darunter ein thüringischer, gedächten zu Gunsten Preußens abzutreten. Das „Meininger Tageblatt“ erklärt diese „alarmirende“ Nachricht für „müßiges Gerede.“ — In Oesterreich bilden die im niederösterreichischen Landtag gehaltenen Reden das Gespräch des Tages. Das „Vaterland“ charakterisirt das, was dem Ministerium ge-

sagt wurde, als „ein erschütterndes Bild von Zuständen in höllen-breughel'schem Style,“ und die „Neue freie Presse“ sagt: „Für ein Ministerium, das der öffentlichen Meinung gegenüber auch nur um ein Geringes empfindlicher wäre, als das dermalige, müßte der zehnte Theil dessen, was diesmal im niederösterreichischen Landtagsaal gesprochen wurde, genügen, um entweder zu dem Rechte der Landtagsauflösung zu greifen oder — selbst abzutreten.“ Der ultramontane „Volkfreund“, welcher seit der Eisirung sich gern auf den verfassungsmäßigen Boden stellte, legt nunmehr seine Maske ab und erklärt, daß er Angesichts dieser Adressdebatte nicht länger mitthun könne! Die Reden der Abgg. Bauer und Schindler sind ihm „ein Wetterleuchten vor einem nahen Sturm,“ die Ankündigung der „socialen und nationalen Revolution,“ dieser gegenüber sei es seine Pflicht, die Regierung nach Kräften zu unterstützen. Für die „Presse“ ist es eine entschiedene Sache, daß Rußland den Augenblick zur Anneigung Galiziens und zur vollständigen Russificirung des ehemaligen Königreichs Polen gekommen erachtet, daß Ungarn sich mit Gewalt losringen wird von dem blutigen Druck des österreichischen Kaiserhauses, daß Italien mehr denn je seine Hand nach Trient ausstreckt, und daß Preußen, dieses glühend gehagte Preußen, mit Bereitwilligkeit alle diese Pläne unterstützt. Zur Abwehr dieser Bedrängniß weiß die „Presse“ drei Mittel anzuzählen: „Fallenlassen der Beschützung Süddeutschlands und Inaugurirung einer rein österreichischen Politik, Bruch mit den Ultramontanen und Jesuiten, Gewährung innerer Freiheiten.“ Amen! — Die Berichte aus dem Adreßauschuß des böhmischen Landtags constatiren, daß über Einen Punkt zwischen allen drei Parteien: Föderalisten, Feudalen und Verfassungstreuen eine traurige Uebereinstimmung herrsche, nämlich darüber, daß Oesterreichs Macht gebrochen, in allen Zweigen der Verwaltung eine trostlose Verödung herrsche, die Steuerlasten eine bereits unerträgliche Höhe erreicht haben, daß Handel und Wandel stocke und ein bedauerlicher Pessimismus in der Bevölkerung platzgegriffen habe, und daß jetzt oder nie der uneligi Bann gebrochen werden müsse, der auf Oesterreich lagert, soll überhaupt seine Existenz nicht in Frage gestellt werden.“ Nur über die Mittel welche zu dem Wege des Heiles führen, ist man uneinig. — Der Adreßentwurf des Landtages von Ober-Oesterreich entspricht dem niederösterreichischen. Der mährische Adreßentwurf dagegen täuscht die Hoffnungen der Centralisten, indem er nur auf das October-Diplom sich beruft und dualistisch gefärbt ist. Und der steiermärkische Landtag scheint auf Erlaß einer Adresse ganz verzichten zu wollen! — Die österreichische Flotte wird so in Stand gesetzt, daß sie bis zum Frühjahr allen Eventualitäten gewachsen sein soll.

Der ungarische Landtag beginnt bereits der Regierung so ernste Unannehmlichkeiten zu bereiten, daß Herr v. Rajlath den Vicehofkanzler v. Caroli schleunigst nach Pest beordert hat, um Deak und seine Partei zu beschwören, das königliche Rescript ohne weiteres anzunehmen. Haben schon die Adressen der übrigen Landtage die Möglichkeit eines Ministerwechsels in nähere Aussicht gebracht, so gilt es jetzt für eine ausgemachte Sache, daß noch vor Ablauf dieses Jahres ein selbstständiger ungarisches Ministerium ernannt wird.

In Paris soll in Folge des Eindrucks, den die mexicanische Crisis macht, die allgemeine Stimmung durchaus pessimistisch sein. Man glaubt der Stern Napoleons III. sei im Erbleichen und, da die Franzosen sich von jeher vom Erfolg bestimmen ließen, so ist die Freiheit zu begreifen, mit der man jetzt überall in Frankreich, wie behauptet wird, über das kaiserliche Regiment und dessen Verfall spricht. — In der Militair-Kommission sind die Verhandlungen noch immer nicht beendet; im Gegentheil, man hat jetzt wieder eine neue Untercommission gebildet, um die Abgrenzungen der neuen Militair-Kommando's zu studiren, in welche Frankreich nach dem im Prinzip nunmehr angenommenen neuen System getheilt ist.

In London begann gestern Mittags 12 Uhr der Zug der Teilnehmer am Reform-Meeting von

St. James Park nach Beaufort-house in Brompton und endigte Nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr. Die Ordnung auf der Straße blieb vollkommen ungestört. Ungeachtet des regnerischen Wetters war die Menge der Zuschauer sehr groß. — In den meisten Städten Irlands ist der Ausnahmezustand bereits proclamirt, Verhaftungen finden allenthalben statt. Die zwischen England und Irland courstrenden Dampfschiffe unterliegen der strengsten Beaufsichtigung. —

Zur römischen Frage dementirt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Zeitungsnachricht, daß weder der König von Preußen dem Papste einen Aufenthalt oder ein Truppencorps angeboten, noch daß der Papst derartige Wünsche ausgesprochen habe. — Die „Italia“ schreibt: Aus Rom eingetroffene Nachrichten verstärken die Befürchtungen, daß die clericale Partei Unruhen hervorrufen möchte, um den Paps zu einem äußersten Entschluß zu drängen.

In der orientalischen Angelegenheit meldet der „Levant-Herald“ auf Grund angeblich amtlicher Telegramme, Rußland habe England und Frankreich zur Vereinbarung über die landischen Angelegenheiten eingeladen. Auch ist die Nachricht eingetroffen, daß infolge der Kunde von den Fortschritten der Candidaten in türkisch Serbien Unruhen ausgebrochen sind. Die Muselmänner wollen ihre auf Creta gefallenen Brüder rächen und üben Gewalt gegen die Christen; sie haben angeblich die Ortschaften Bradassau, Dublihar, Crasmich und Oppovo niedergebrannt und türkische Truppen sind eingerückt. — Unterm 27. Nov. wird (über Odessa und Petersburg telegraphisch) aus Konstantinopel gemeldet, daß der Insurgentenführer Koroneos noch ganz Ost-Kreta besetzt halte, die Sphaktioten und die Freiwilligen von Selimnos ständen abwartend in fester Stellung; das türkische Corps werde noch immer verstärkt. Der Kampf hat nach Ablauf der fünfjährigen „Unterwerfungsfrist“ wieder begonnen.

Der „Courier des Etats-Unis“ bringt eine ihm aus New-Orleans vom 15. November zugehende Depesche, nach welcher es sich bestätigt, daß General Sherman in Mexico der Vorläufer eines Occupationscorps ist, welches man augenblicklich eifrig bestrebt ist, in's Leben zu rufen. Die vor kurzen in den Distrikten von Topas, welche an den Rio grande grenzen, vorgenommene Truppenzusammenziehung, in Verbindung mit der Ankunft einer großen Menge von Ausrüstungsgegenständen und Absendung mehrerer Batterien Artillerie in die dortigen Gegenden, werden für mehr als genügende Anzeichen einer bevorstehenden Expedition gehalten. Außerdem will man seit einigen Tagen noch andere geheimnißvolle Bewegungen in New-Orleans bemerkt haben und schließt daraus, daß eine active Intervention im großartigsten Maßstabe, rücksichtlich der mexicanischen Frage, vorbereitet werde. — Die Existenz von direkten Unterhandlungen zwischen Kaiser Napoleon und dem Präsidenten Johnson wird in Paris allgemein geglaubt. Ganz kürzlich ist ein Telegramm von 2000 Worten von Washington an das kaiserliche Cabinet gesandt worden. Ebenso verlautet in Paris, daß die in Mexico weilenden französischen Truppen Befehl erhalten hätten, mit „Glanz“ zu scheiden. Sie würden daher noch vor dem Abzug einen Schlag gegen die Juaristen versuchen. Der Schlag wird vielleicht tausend Franzosen das Leben kosten, aber — was thut man nicht für die „Gloire!“ — Eine Kabeldepesche meldet aus Newyork vom 30. Novbr., daß die Gerüchte unbegründet seien, wonach Kaiser Maximilian Mexico verlassen hätte und Matamoros von den Bundesstruppen besetzt sei.

Deutschland.

Berlin, 1. Decbr. [Landtagsverhandlungen.] Das Abgeordnetenhaus hielt heute seine 35. Sitzung. Hauptgegenstand der Tagesordnung war: Vorberathung des Staatshaushaltsgesetzes für 1867 im ganzen Hause:

Die Sitzung wird um 10 Uhr 30 Minuten durch den Präsidenten v. Fockenberg eröffnet.

Geschäftliche Mittheilungen ohne Bedeutung eröffnen die Sitzung und erledigt das Haus hierauf ohne weitere Discussion die letzten Titel des Justiz-Etats. — Es folgt die Vorberathung des Etats des Ministeri-